

## **Antrag**

**der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

### **Gegen Gewalt und Vertreibungen in Simbabwe – Die Afrikanische Union muss handeln**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Gewalt, Vertreibungen und Inhaftierungen von politisch mißliebigen Personen sind in Simbabwe unter dem Regime von Präsident Robert Mugabe an der Tagesordnung. Eine neue Dimension des Terrors gegen die eigene Bevölkerung stellen die seit Mai anhaltenden Zerstörungen von Armensiedlungen und Märkten dar. Unter dem Vorwand, die Gebiete müssten saniert und von Kriminellen gesäubert werden, reißen bewaffnete Polizei und Milizen die Hütten und Häuser mit Baggern und Planierdraht nieder oder zünden sie an. Häufig werden die Bewohner gezwungen, die eigene Behausung selbst niederzureißen. Nach Angaben der Vereinten Nationen (VN) wurden durch die Aktion „Murambatsvina“ – „Abfallbeseitigung“ bislang mindestens 200 000 Menschen obdachlos, die simbabwische Opposition spricht sogar von 1,5 Millionen Betroffenen. Nach Darstellung der Opposition handelt es sich bei der gewaltsamen Kampagne um eine Bestrafungsaktion Mugabes für Stadtgebiete, in denen die Einwohner mehrheitlich bei den Parlamentswahlen im März dieses Jahres nicht für die Regierung gestimmt haben. Mit den Vertreibungen in die von Hungersnöten geplagten ländlichen Gebiete bezweckt Mugabe darüber hinaus, Geheimdienst, Polizei und Militär sowie paramilitärischen Einheiten die Kontrolle über die Vertriebenen zu erleichtern. Die Zwangsvertreibungen verstoßen gegen die Internationalen Pakte für bürgerliche und politische Rechte sowie für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, zu deren Vertragsstaaten Simbabwe gehört.

Der Deutsche Bundestag verurteilt das Vorgehen der Regierung Mugabe gegen die eigene Bevölkerung und fordert die Bundesregierung auf,

1. eigene Initiativen sowie Initiativen seitens der EU und der G8-Staaten zur Situation in Simbabwe in enger Absprache mit Vertretern der simbabwischen Zivilgesellschaft, insbesondere mit Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, weiterzuentwickeln und deren Arbeit in geeigneter Weise nach Kräften zu unterstützen;
2. sich dafür einzusetzen, dass die Situation in Simbabwe beim G8-Gipfel in Gleneagles vom 6. bis 8. Juli 2005 behandelt wird und die Sanktionen gegen das Regime Mugabe konsequent umgesetzt und gegebenenfalls ausgeweitet werden;
3. die Staaten der Afrikanischen Union gerade angesichts ihres 5. Gipfeltreffens vom 28. Juni bis 5. Juli 2005 in Libyen aufzufordern, ihren Selbstverpflichtungen insbesondere im Rahmen von NEPAD (NEPAD: New Partnership for Africa's Development) zu entsprechen und auf Simbabwe anzuwenden;

4. die Staaten der Afrikanischen Union aufzufordern, sich zum Fürsprecher der unterdrückten Bevölkerung Simbabwes zu machen, und ihnen deutlich zu machen, dass westliche Hilfszusagen für Afrika grundsätzlich an die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit geknüpft sind;
5. die südafrikanische Regierung auf ihre besondere Verantwortung gegenüber ihrem Nachbarland Simbabwe hinzuweisen und sie aufzufordern, sich bei der Regierung in Harare für eine sofortige Beendigung der Zwangsvertreibungen einzusetzen;
6. sich dafür einzusetzen, dass das menschenverachtende Vorgehen der simbabwischen Regierung im VN-Sicherheitsrat behandelt und dort geprüft wird, inwieweit die Verantwortlichen durch den Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden können.

Berlin, den 29. Juni 2005

**Franz Müntefering und Fraktion**

**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**

**Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**

**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**